Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Sessionsrückschau 2021 – Netzwerk Kinderrechte Schweiz

In der Herbstsession wurden zahlreiche Vorstösse behandelt, die die Kinderrechte betreffen:

Der **Nationalrat** folgte dem Ständerat und entschied sich deutlich für die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution und stimmte der Ergänzung im Gesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte zu. Leider folgte er dabei nicht der Formulierung der vorberatenden Kommission (AKP-N), welche vorschlug, die Aufgaben der nationalen Menschenrechtsinstitution gesetzlich nicht abschliessend aufzulisten. Dafür setzte sich auch das Netzwerk Kinderrechte Schweiz zusammen mit der NGO-Plattform Menschenrechte ein (siehe dazu auch den Webbeitrag vom 14. September 2021). Ob die geplante Institution so einen A-Status gemäss den Vorgaben der UNO erreichen kann, wird sich weisen. Zudem wird es entscheidend sein, dass die Institution mit einem genügend grossen Budget ausgestattet wird.
Der Nationalrat stimmte einem weiteren zentralen Anliegen zu und überwies die Motion «Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern» von Nationalrätin Bulliard-Marbach an den 2. Rat. Die Motion will Kinder vor körperlicher Bestrafung, seelischer Verletzung und anderen entwürdigenden Massnahmen schützen. Als nächstes wird sich der Ständerat dazu äussern.
Für mehr Kinderschutz setzte sich der Nationalrat auch im Bereich Cybermobbing ein: Er überwies ein entsprechendes Postulat seiner Bildungskommission an den Bundesrat. Damit muss der Bundesrat nun in einem Bericht aufzeigen, wie das Strafgesetzbuch mit einem Straftatbestand Cybermobbing und digitale Gewalt ergänzt werden kann. Auch der Ständerat befasste sich mit Cybermobbing und stimmte wie bereits der Nationalrat der Motion von Nationalrätin Feri zu, welche eine Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen fordert.
Im Bereich der Familienpolitik hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, dass der Bundesrat in einem Bericht ein volkswirtschaftliches Gesamtmodell von Elternzeitmodellen vorlegen muss. Er hat das entsprechende Kommissionspostulat angenommen.

Der **Ständerat** hat der Motion seiner Bildungskommission zugestimmt, die den Bundesrat auffordert, Lücken in der Integrationsagenda zu füllen, damit für alle Jugendliche in der Schweiz die Chancengerechtigkeit verbessert wird. Als nächstes wird sich der Nationalrat damit befassen.
Zudem will der Ständerat, dass der Bundesrat die Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit prüft und überwies das Postulat von Ständerätin Baume-Schneider an den Bundesrat.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau). Die Debatten können in den Wortprotokollen des Amtlichen Bulletins nachgelesen werden.

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Übersicht über die relevanten Geschäfte der Herbstsession 2021

Geschäft des Bundesrates 15.075

Bundesgesetz über Tabakprodukte

Das Parlament will den Umgang mit Tabakprodukten strenger regeln. Das neue Tabakproduktegesetz soll nach dem Willen der SGK-SR als indirekter Gegenvorschlag mit der Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» verknüpft werden. Der Ständerat schwenkt auf den liberaleren Kurs des Nationalrats um: Das Verbot für Werbung in Presseerzeugnisse und Internetseiten gilt nur für solche, die sich direkt an Minderjährige richten. Vom öffentlichen Grund einsehbare Plakatwerbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten sowie Werbung in Kinos, öffentlichen Verkehrsmitteln, Gebäuden und auf Sportplätzen soll zukünftig verboten sein.

- Das Parlament hat sich nach langem Hin und Her auf ein Tabakproduktegesetz mit neuen Werbe- und Sponsoringvorschriften geeinigt. Für die Ratslinke und die Urheber der Tabakwerbeverbotsinitiative geht die Revision zu wenig weit. Folglich wird das Stimmvolk in der Abstimmung über die Initiative «Kinder ohne Tabak» entscheiden, wieweit Tabakwerbung verboten werden soll.

Geschäft des Bundesrates 19.073

Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und zum Schutz der Menschenrechte. Bundesgesetz

Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2019 die Vorlage zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) gutgeheissen und verstärkt damit seinen Einsatz für die in der Bundesverfassung verankerten Menschenrechte. Die NMRI soll unabhängig sein, breite gesellschaftliche Kreise einbeziehen und vom Bund eine jährliche Finanzhilfe erhalten. Mit der Vorlage soll das Pilotprojekt durch eine dauerhafte, gesetzlich verankerte NMRI in Form einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft abgelöst werden. Mit dem vorgeschlagenen Modell wird sowohl den Ergebnissen der Vernehmlassung als auch den Vorgaben der UNO Rechnung getragen. Um einen lückenlosen Übergang zwischen Pilotprojekt und Nachfolgeinstitution zu ermöglichen, ist eine Verlängerung des bis Ende 2020 befristeten Pilotprojekts um zwei Jahre vorgesehen.
Der Ständerat befürwortet eine nationale Menschenrechtsinstitution. Abweichend vom Beschluss des Ständerats hat die vorberatende Kommission (APK-N) des Nationalrats beschlossen, die Aufgaben der nationalen Menschenrechtsinstitution gesetzlich nicht abschliessend aufzulisten.

- Der Nationalrat folgt dem Ständerat und entscheidet sich deutlich für die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsorganisation. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz und weitere Menschenrechtsorganisationen bedauern, dass sich der Nationalrat nicht für die Formulierung seiner vorberatenden Kommission ausgesprochen hat, die einen zukunftsoffenen Aufgabenkatalog anstrebte (siehe auch Webbeitrag vom 14.09.2021).

Geschäft des Bundesrates 20.030

Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Förderung der Kultur für die Periode 2021-2024 verabschiedet und ans Parlament überwiesen. Die drei bisherigen strategischen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes – kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Kreation und Innovation – werden beibehalten. Der Bundesrat legt ab 2021 einen Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung. Zur Umsetzung der Botschaft sind finanzielle Mittel in der Höhe von 934,5 Millionen Franken vorgesehen. Für Kinder und Jugendliche ist insbesondere das Programm «Jugend und Musik» von Bedeutung, welches in Zusammenarbeit mit den Kantonen die gezielte Förderung musikalisch begabter Minderjährige vorantreiben will.

- National- und Ständerat stimmen dem Geschäft ohne Änderungen zu und nehmen die Vorlage des Bundesrates in der Schlussabstimmung an.

Geschäft des Bundesrates 20.068

Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung). Volksinitiative

Die Initiative will Werbung für Tabakprodukte, die Kinder oder Jugendliche erreicht, eindämmen. Zigaretten-Werbung auf Plakaten im öffentlichen Raum soll in allen Schweizer Kantonen verboten werden. Auch Kinowerbung, Inserate, Festival-Sponsoring und Online-Werbung für Tabak sollen in Zukunft nicht mehr erlaubt sein. Träger der Initiative sind die grossen Gesundheitsorganisationen, darunter der Verband der Haus- und Kinderärzte Schweiz, die Krebsliga Schweiz, der Schweizerische Apothekerverband, die kantonalen Lungenligen, der Schweizerische Drogistenverband, die FMH, die Kinderärzte, Lungenfachärzte sowie die Kardiologen. Unterstützt wird die Initiative zudem von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände. Der Nationalrat hat die Initiative bereits zur Ablehnung empfohlen, so ebenfalls die vorberatende Kommission des Ständerats.

- Das Parlament hält nichts von einem totalen Verbot von Tabakwerbung zum Schutz der Kinder und Jugendlichen. Nach dem Nationalrat empfiehlt auch der Ständerat mit 27 zu 12 Stimmen die Initiative «Kinder ohne Tabak» zur Ablehnung.

Parlamentarische Initiative Romano Marco 13.478

Einführung einer Adoptionsentschädigung

Das Bundesgesetz vom 25. September 1952 über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG) ist nach dem Muster von Kapitel IIIa mit einem neuen Kapitel IIIb zu ergänzen. Dieses sieht eine Erwerbsausfallentschädigung bei der Adoption eines Kindes vor. Die Gesundheitskommissionen beider Räte haben nun eine Vorlage ausgearbeitet.
Künftig soll es auch für Eltern, die ein Kind adoptieren, einen maximal 14-tägigen Adoptionsurlaub geben. Der Nationalrat hat der Einführung eines Erwerbsersatzes bei Adoptionen mit 123 zu 70 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

- Nach dem Nationalrat stimmt auch der Ständerat der Vorlage zu. Künftig erhalten Eltern, die ein Kind unter vier Jahren adoptieren, einen maximal 14-tägigen Adoptionsurlaub.

Parlamentarische Initiative Kathrin Bertschy 20.472

Elternzeit von 14/14 Wochen. Gleiche Chancen im Erwerbsleben

Die Initiantin fordert, die Erwerbsersatzordnung so zu ergänzen respektive zu ändern, dass die Mutterschaftsentschädigung durch eine Elternzeit ersetzt wird. Diese setzt sich zusammen aus der (bisherigen) Mutterschaftsentschädigung von 14 Wochen und einer Vaterschaftsentschädigung von maximal 14 Wochen. Der Anspruch auf Vaterschaftsentschädigung wird nur bei einer beidseitigen Erwerbstätigkeit der Eltern nach der Geburt des Kindes gewährt. Die vorberatende Kommission des Nationalrats gab der Initiative keine Folge.

- Der Nationalrat lehnt die Initiative mit 110 zu 38 Stimmen bei 38 Enthaltungen ab und das Geschäft ist somit vom Tisch.

Geschäft des Bundesrates 21.018

UNO-Migrationspakt

An seiner Sitzung vom 3. Februar 2021 hat der Bundesrat die Botschaft zum UNO-Migrationspakt verabschiedet. Mit dem UNO-Migrationspakt, den die UNO-Generalversammlung im Dezember 2018 verabschiedet hat, wurde ein umfassender Handlungsrahmen zur besseren internationalen Zusammenarbeit im Bereich grenzüberschreitender Migration erarbeitet. Ziel des UNO-Migrationspaktes ist es, mittels gemeinsam getragener Prinzipien und Zielsetzungen die weltweite Migration künftig sicherer und geordneter zu steuern und irreguläre Migration zu verringern.
Der Pakt bezieht sich auf die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung und verschiedene UNO-Menschenrechtskonventionen, u.a. die UNO-Kinderrechtskonvention. Von den 23 Zielen des Pakts, richten sich 15 an Kinder und wie sie auf nationaler, regionaler und globaler Ebene besser geschützt werden können. Es handelt sich dabei um politisch verpflichtende Ziele und Leitprinzipien und nicht um rechtlich bindende Grundlagen. Der UNO-Migrationspakt anerkennt junge Migrant*innen in erster Linie als Kinder, deren Kindsinteresse im Migrationskontext handlungsleitend sein soll.
In der Wintersession 2018 beauftragte das Parlament den Bundesrat, ihm den Antrag auf Zustimmung zum UNO-Migrationspakt in Form eines einfachen Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Aus der Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz würde er mit der Unterzeichnung des Regelwerks die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz entscheidend stärken. Sei dies durch eine besser funktionierende internationale Zusammenarbeit im Kinderschutz oder im verbesserten Schutz von geflüchteten Kindern, insbesondere vor Menschenhandel und Ausbeutung. Der Pakt bietet eine Chance das Kindeswohl ins Zentrum zu rücken, damit Kindern und Jugendlichen eine nachhaltige Zukunftsperspektive ermöglicht werden kann (weitere Infos im Webbeitrag des Netzwerks Kinderrechte Schweiz).
Der Ständerat will die Beratung zum UNO-Migrationspakt sistieren. Die Beratungen sollen aufgenommen werden, wenn die Ergebnisse der Subkommission «Soft Law» vorliegen.

- Der Nationalrat folgt dem Ständerat, das Parlament wird den Beitritt zum UNO-Migrationspakt frühestens in einem Jahr beraten – dies gegen den Willen von SP, Grünen und Grünliberalen.

Parlamentarische Initiative Jositsch Daniel 16.408

Mindeststrafen bei sexuellen Handlungen gegenüber Kindern unter 16 Jahren

Sexuelle Handlungen gegenüber Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren können gemäss Artikel 187 StGB relativ milde bestraft werden (u.a. Geldstrafe). Das konkrete Alter des minderjährigen Opfers bleibt unberücksichtigt. Verübt der Täter gleichzeitig ein anderes Sexualdelikt (z. B. Art. 189 oder 190 StGB), dann öffnet sich zwar der obere Strafrahmen (bis 15 Jahre), die Mindeststrafe bleibt aber unverändert. Der Vorstoss verfolgt das Ziel, zwischen Straftaten gegenüber Jugendlichen unter 16 und gegenüber Kindern unter 12 Jahren zu unterscheiden und für Sexualhandlungen gegenüber Kindern beider Altersgruppen Mindeststrafen festzuschreiben. Beide Kommissionen für Rechtsfragen haben dem Vorstoss Folge gegeben.
Der Ständerat beschloss für die Behandlung der Vorlage eine Fristverlängerung bis zur Sommersession 2021.

- Der Nationalrat folgt dem Ständerat und spricht sich ebenfalls für eine Fristverlängerung bis zur Herbstsession 2023 aus.

Parlamentarische Initiative Markwalder Christa 20.455

Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung von bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr

Die Initiantin fordert eine steuerliche Entlastung für die familienergänzende Kinderbetreuung von bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr. Sowohl die ständerätliche als auch die nationalrätliche Bildungskommission haben der Initiative bereits Folge gegeben und eine entsprechende gesetzliche Grundlage erarbeitet. Der Nationalrat stimmte deutlich höheren Steuerabzügen bei einer Inanspruchnahme familienergänzender Kinderbetreuung zu. Eine gleichzeitige Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs lehnt er hingegen ab.

- Die Räte haben sich auf die Erhöhung des Steuerabzugs für Kinderbetreuungskosten auf bis 25 000 Franken geeinigt, dies war unbestritten. Der Ständerat wollte erst zusätzlich eine Erhöhung des Elterntarifs festschreiben, folgte schliesslich aber dem Nationalrat, der dies deutlich abgelehnt hat.

Motion 19.3446

Mutterschaftsentschädigung endlich auch für Ehegattinnen und eingetragene Partnerinnen von Landwirtinnen und Landwirten

Der Bundesrat wird aufgefordert, das Erwerbsersatzgesetz dahingehend zu ändern, dass Ehegattinnen und eingetragene Partnerinnen von Landwirt*innen in Zukunft eine Mutterschaftsentschädigung erhalten.
Erreicht werden soll dies durch folgende zwei Massnahmen:

1. Der Ehegattin oder der eingetragenen Partnerin wird ein Barlohn als mitarbeitendes Familienmitglied ausgerichtet. Dieser Barlohn wird bei der AHV deklariert und auf ein auf die Ehegattin oder eingetragene Partnerin lautendes Konto einbezahlt.

Oder:

2. Die Ehegattin oder eingetragene Partnerin meldet sich als Selbstständigerwerbende bei der Ausgleichskasse an. Das landwirtschaftliche Einkommen wird unter beiden Ehegatten oder eingetragenen Partnerinnen aufgeteilt und bei der AHV deklariert.

- Im Gegensatz zum Nationalrat folgt der Ständerat dem Bundesrat und lehnt die Motion ab. Das Geschäft ist somit vom Tisch.

Motion Schläpfer Therese 19.4191

Kein Aufenthaltsrecht bei sexuellen Übergriffen und Gewalt an Frauen und Kindern

Die Motionärin fordert, dass die Rechtsgrundlagen so ergänzt werden, dass ausländische Personen bei Gewalt gegen Frauen und Kinder im häuslichen Bereich zwingend des Landes verwiesen werden.

- Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Motion ab. Das Geschäft ist erledigt.

Motion Roduit Benjamin 19.4069

Schweizer Kohortenstudie zur Untersuchung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Es soll eine umfassende Studie über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden, da deren Alltag besonders stark von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie betroffen ist. Der Bundesrat wird beauftragt, Kinder und Jugendliche ins nationale Human-Biomonitoring-Programm aufzunehmen. Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen sollen die bestehenden Wissenslücken im Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen geschlossen und ihre gesundheitliche Situation in der Schweiz verbessert werden.

- Der Nationalrat stimmt dem Vorstoss zu, als nächstes befindet der Ständerat über die Motion.

Motion Lohr Christian 19.4070

Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit

Die Motion fordert den Bundesrat auf, dem Parlament eine nationale Strategie für Kinder- und Jugendgesundheit vorzulegen. Die Strategie soll neben Zielen, einen Aktionsplan sowie eine adäquate Finanzierung beinhalten.
Von der Gesundheit betroffene Politikbereiche (z.B. Bildung, Soziales) sowie Rahmenbedingungen, Umfeld und Lebensphasen sind mit einzubeziehen. Überdies soll die Strategie anschlussfähig an die strategischen Überlegungen für die Agenda 2030 sein.

- Entgegen der Empfehlung des Bundesrates stimmt der Nationalrat der Motion zu. Als nächstes befasst sich der Ständerat mit der Motion.

Motion Bulliard-Marbach Christine 19.4349

Endlich den Schutz von Kindern vor der rasant ansteigenden pädosexuellen Gewalt im Internet mit einem griffigen nationalen Aktionsplan gewährleisten

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, auf Basis der Strategie Digitale Schweiz und der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken 2018-2022 konkrete Massnahmen zur effektiven Bekämpfung der sich rasant verbreitenden pädosexuellen Gewalt im Internet auszuarbeiten. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Kantonen und unter Einbezug der zuständigen Fachorganisationen im Kindes- und Jugendschutz und Branchenvertretungen geschehen.
Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

- Der Nationalrat stimmt der Motion zu, der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Motion Schläpfer Therese 19.4261

Kinderehen müssen konsequent bekämpft werden

Die Motionärin fordert, dass die Rechtsgrundlagen so ergänzt werden, dass bei Eheschliessungen, bei denen ein Ehepartner jünger als 16 Jahre alt ist, von Gesetzes wegen vermutet werden muss, dass der Straftatbestand der Zwangsheirat erfüllt ist.

- Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Motion ab. Das Geschäft ist somit vom Tisch.

Motion Bulliard-Marbach Christine 19.4632

Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, das Recht auf gewaltfreie Erziehung im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) zu verankern. Damit sollen die Kinder vor körperlicher Bestrafung, seelischen Verletzungen und anderen entwürdigenden Massnahmen geschützt werden.
Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung.

- Der Nationalrat nimmt die Motion entgegen dem Willen des Bundesrats mit 111 zu 79 Stimmen bei 3 Enthaltungen an. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Motion Marti Samira 20.3024

Dramatische Situation auf Lesbos. Die Schweiz muss handeln!

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Kapazitäten der Bundesasylzentren und der kantonalen Asylzentren vollständig auszulasten. Dafür sollen Menschen von den griechischen Inseln direkt in die Schweiz geholt werden, damit ihnen hier ein ordentliches Asylverfahren gewährleistet werden kann. Der Bundesrat soll zudem andere willige Staaten in Europa auffordern, dies ebenfalls zu tun.

- Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Motion ab. Das Geschäft erledigt.

Motion Markwalder Christa 20.3322

Keine Lehrabbrüche von Asylsuchenden, die bereits in den schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen und die Praxis dahingehend anzupassen, dass Asylsuchende, die mit einem gültigen Lehr- oder Ausbildungsvertrag bereits im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, ihre Berufsausbildung weiterführen und abschliessen können.
Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt ihn zur Ablehnung.

- Die Motion wurde im Rat noch nicht behandelt.

Motion Baume-Schneider Elisabeth 20.3420

Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen

Der Bundesrat wird beauftragt, pragmatische Lösungen für die Unterstützung und die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen vorzuschlagen, damit bei Krisen wie der Covid-19-Pandemie Menschen ohne rechtlich geregelte Status geholfen werden kann (Sans-Papiers, Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung und/oder solche, die in Branchen wie der Hauswirtschaft, dem Gastgewerbe oder dem Baugewerbe arbeiten und einen prekären Status haben). Diese Menschen haben weder Zugang zu Lohnersatzmassnahmen oder zur ordentlichen Sozialhilfe noch zum Gesundheitssystem. Dies betrifft vor allem auch Kinder aus diesen Familien.
Der Ständerat wies die Motion an die zuständige Kommission zur Vorprüfung zurück, welche dem Bundesrat folgt und die Motion zur Ablehnung empfiehlt.

- Der Ständerat lehnt die Motion ab, das Geschäft ist somit vom Tisch.

Motion Feri Yvonne **20.3687**

Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen

Die Motionärin fordert den Bundesrat auf, eine nationale Kampagne zu lancieren, welche Kinder und Jugendliche für die negativen Folgen von Mobbing und Cybermobbing sensibilisiert sowie auf mögliche strafrechtliche Folgen hinweist. Im Sinne einer Täter*innenprävention soll dabei insbesondere auf die Täter*innen sowie die Zuschauenden fokussiert werden.
Der Nationalrat stimmte der Motion bereits zu, auch die vorberatende Kommission des Ständerats empfahl die Motion einstimmig zur Annahme.

- Der Ständerat folgt dem Nationalrat und überweist die Motion an den Bundesrat.

Motion Lohr Christian **20.3691**

Automatische Ausstellung eines Ausweises für den Bezug einer Hilflosenentschädigung

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die nötigen Grundlagen zu schaffen, damit der gegenwärtig nur auf explizites Verlangen hin ausgestellte IV-Ausweis, der den Bezug einer Hilflosenentschädigung (HE) bestätigt, automatisch ausgestellt wird (analog zu Personen mit IV-Rente). Dies namentlich für folgende Personengruppen: Kinder mit einer HE, Erwachsene, die eine HE, aber keine IV-Rente erhalten und Personen im AHV-Alter, die eine HE erhalten.
Der Nationalrat hat der Motion bereits zugestimmt und auch die ständerätliche Gesundheitskommission empfiehlt die Motion zur Annahme.

- Der Ständerat folgt dem Nationalrat und nimmt die Motion an.

Motion Funiciello Tamara **20.4451**

Motion Vincenz-Stauffacher Susanne **20.4452**

24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention

Der Bundesrat wird beauftragt, ein schweizweites professionelles 24h-Beratungsangebot (sowohl telefonisch wie auch Online) für Opfer von Gewalt und von Gewalt mitbetroffenen Personen einzurichten oder dieses schweizweit zu koordinieren. Dieses muss die Anforderungen von Artikel 24 der Istanbul-Konvention erfüllen, für alle Betroffenen leicht zugänglich sein und in der Bevölkerung breit bekannt gemacht werden.

- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat den zwei Vorstössen stillschweigend zugestimmt und diese an den Bundesrat überwiesen.

Motion Herzog Eva **20.4463**

24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention

Der Bundesrat wird beauftragt, ein schweizweites professionelles 24h-Beratungsangebot (sowohl telefonisch wie auch Online) für Opfer von Gewalt und von Gewalt mitbetroffenen Personen einzurichten oder dieses schweizweit zu koordinieren. Dieses muss die Anforderungen von Artikel 24 der Istanbul-Konvention erfüllen, für alle Betroffenen leicht zugänglich sein und in der Bevölkerung breit bekannt gemacht werden. Der Bundesrat unterstützt das Anliegen der Motion. Die Zuständigkeit für die Errichtung eines solchen Beratungsangebots liegt jedoch bei den Kantonen. Sofern die Kantone gewillt sind, ein solches Angebot aufzubauen, ist der Bundesrat bereit, dabei eine koordinierende Rolle zu übernehmen.

- Nach dem Ständerat, hat auch der Nationalrat der Motion stillschweigend zugestimmt und die Motion an den Bundesrat überwiesen.

Motion Français Olivier 20.4573

Führerausweis ab 16 Jahren für vierrädrige Leichtmotorfahrzeuge

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 6 der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) dahingehend zu ändern, dass das Führen von vierrädrigen Leichtmotorfahrzeugen mit einer Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h ab 16 Jahren erlaubt ist. Dies, damit die für die verschiedenen Verkehrsteilnehmer*innen geltenden Vorschriften besser aufeinander abgestimmt sind und sich die Schweizer Regeln denjenigen der Nachbarländer annähern.
Der Ständerat hat dem Vorstoss bereits zugestimmt.

- Im Gegensatz zum Ständerat lehnt der Nationalrat die Motion ab. Das Geschäft ist somit vom Tisch.

Motion WBK-SR 21.3964

Lücken in der Integrationsagenda füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendliche in der Schweiz

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt,

1. die Kantone bei der Umsetzung und Finanzierung von Massnahmen zur Förderung der Berufsbildungsfähigkeit von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-/EFTA- und Drittstaaten zu unterstützen;
2. zu diesem Zweck auch das Pilotprogramm «Integrationsvorlehre Plus» zu evaluieren, aufgrund der Erfahrungen bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen sowie die entsprechenden Bundesbeiträge an die Kantone zu verstetigen und
3. gemeinsam mit den Kantonen Massnahmen vorzusehen, um die Erreichbarkeit der Zielgruppe durch eine systematische Erstinformation sowie bedarfsgerechte Beratungs- und Abklärungsangebote (Potenzialanalysen) zu verbessern.

- Der Ständerat stimmt der Motion seiner Bildungskommission zu, als nächstes wird der Nationalrat über das Geschäft befinden.

Postulat Feri Yvonne 19.4016

Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei?

Das Postulat von Yvonne Feri verlangt vom Bundesrat zu prüfen und in einem Bericht aufzuzeigen, wie das Fedpol mit Verdachtsmeldungen betreffend sexuelle Gewalt an Kindern im Internet (v.a. aus dem Ausland) umgeht, und was zur Verbesserung der Situation gemacht werden könnte.

- Der Nationalrat überweist das Postulat mit 127 zu 62 Stimmen an den Bundesrat.

Postulat Regazzi Fabio 19.4105

Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindsmissbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen

Das Postulat von Fabio Regazzi beauftragt den Bundesrat zu prüfen, welche rechtlichen und sonstigen Massnahmen nötig sind, um die Kinderprostitution im Internet wirksam zu bekämpfen.

- Der Nationalrat überweist das Postulat – entgegen der bundesrätlichen Empfehlung – an den Bundesrat. Dieser hat sich für eine Ablehnung des Postulats ausgesprochen.

Postulat Trede Aline 21.3078

Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung «Jugend und Sport» im BASPO

Das Postulat verlangt vom Bundesrat eine geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung «Jugend und Sport» im Bundesamt für Sport.
Der Bundesrat empfiehlt die Annahme des Vorstosses.

- Der Nationalrat überweist das Postulat knapp mit 83 zu 80 Stimmen an den Bundesrat, dies gegen die Stimmen der SVP, der FDP und einem Teil der Mitte-Fraktion.

Postulat Baume-Schneider Elisabeth 21.3741

Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, die Möglichkeit zur Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit zu prüfen. Der Austausch notwendiger Informationen und Erfahrungen zwischen den unterschiedlichen Zuständigkeitsebenen und -bereichen im Rahmen der verfassungsmässigen Kompetenzen würde dazu beitragen, die Lücken bei der Zusammenarbeit und der Koordination zu schliessen. Eine solche Beobachtungsstelle würde überdies die Entwicklung einer abgestimmten und den unterschiedlichen kantonalen und regionalen Situationen angepassten Strategie ermöglichen.

- Der Bundesrat muss die Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle zur frühen Kindheit prüfen, das entsprechende Postulat hat der Ständerat mit 21 zu 15 Stimmen überwiesen.

Postulat SGK-NR 21.3969

Ergänzungen betreffend Cybermobbing im Strafgesetzbuch

Der Bundesrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstellen, wie durch entsprechende Ergänzungen des Strafgesetzbuches (StGB) Cybermobbing und digitale Gewalt bestraft werden können.
Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.

- Der Bundesrat muss in einem Bericht aufzeigen, wie Cybermobbing und digitale Gewalt besser bestraft werden können. Konkret soll er prüfen, wie das Strafgesetzbuch adäquat ergänzt werden kann. Stillschweigend hat der Nationalrat der Motion seiner Rechtskommission zugestimmt.

Postulat RK-NR 21.3961

Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen

Der Bundesrat wird mit der Motion gebeten, eine volkswirtschaftliche Gesamt-Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, welche die langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen von verschiedenen Elternzeitmodellen unter Einbezug internationaler Erkenntnisse (Island, Schweden, Deutschland usw.) simuliert und abschätzt.

- Der Nationalrat stimmt dem Postulat zu. Der Bundesrat muss dem Parlament nun in einem Bericht ein volkswirtschaftliches Gesamtmodell von Elternzeitmodellen aufzeigen.

Interpellation Vara Céline 21.3612

Epidemiologische Studien über Neonicotinoide in der Hirnflüssigkeit von Kindern

Die Interpellantin möchte vom Bundesrat Antworten auf Fragen zur Belastung durch und zu den Folgen von synthetischen Pestiziden in Bezug auf die menschliche Gesundheit – insbesondere jener von Kindern.

- Die Interpellation wurde vom Bundesrat beantwortet, die Interpellantin ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt.

Interpellation Vara Céline 21.3699

Doulas als Ergänzung zu Hebammen oder Entbindungspflegern. Ein Modell für eine bessere Schwangerschaftsbetreuung

Die Interpellantin stellt verschiedene Fragen zur Einschätzung des Bundesrats betreffend die Unterstützung der Eltern durch Doulas während der Geburt, unter anderem auch zu Wegen der Anerkennung und Finanzierung (z.B. KVG).

- Die Interpellation wurde vom Bundesrat beantwortet, die Interpellantin ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

Interpellation Carobbio Guscetti Marina 21.3701

Vermisste unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen?

Die Interpellantin bittet den Bundesrat auf Antworten zu den folgenden Fragen:

- Wie wollen Bundesrat und SEM konkret handeln, um zu verhindern, dass unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten verschwinden, in unserem Land oder in Europa plötzlich auf sich gestellt sind und sich im Netz der organisierten Kriminalität verfangen?
- In Italien sieht die Legge Zampa in Artikel 13 Absatz 2 vor, dass unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer bei Bedarf bis zum Alter von 21 Jahren den Sozialdiensten anvertraut werden können. Faktisch werden die unbegleiteten minderjährigen Migrantinnen und Migranten nicht mehr nur bis 18 als solche betrachtet, wie es hingegen in der Schweiz der Fall ist. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass eine solche Bestimmung nützlich sein könnte, um unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten enger zu begleiten und ihrem Verschwinden entgegenzuwirken? Falls ja, hat er die Absicht, dem Parlament eine entsprechende Regelung zur Verabschiedung vorzulegen?
- Was hält er von der in Italien neu eingeführten Funktion eines geschulten ehrenamtlichen Vormunds, der unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten begleitet?
- d.h. Wie arbeiten die Schweizer Behörden mit den europäischen Behörden zusammen, um dieses alarmierende Problem anzugehen?

- Die Interpellation wurde vom Bundesrat beantwortet, die Interpellantin ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.